

2015

- Arbeitslosigkeit bekämpfen!
- In die Zukunft investieren!
- Vermögen gerecht beteiligen!

zivilgesellschaftliches

zukunfts budget!

www.wege-aus-der-krise.at

erstellt von:



%attac



Globale Verantwortung
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanität (AHE)



www.oeh.ac.at



wege
aus der
krise

Ein anderes Budget ist nötig!

Die öffentlichen Schulden sind seit 2007 in allen europäischen Ländern als Folge von Wirtschaftskrise, Bankenrettungen und Konjunkturmaßnahmen angestiegen. Dennoch wird behauptet, dass zu hohe Sozialausgaben die Ursache dafür wären. Zusätzlich führt die seit 2009 EU-weit vorangetriebene Kürzungspolitik zu sinkenden Staatseinnahmen und zu noch mehr Schulden. Die Konsequenzen für die Menschen sind konkret spürbar: Steigende Arbeitslosigkeit, Verarmung der Mittelschicht, Privatisierung und verringerter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser, Gesundheit und Bildung.

Diese Politik verschärft die Krise – nicht nur in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien oder Großbritannien.

Auch das österreichische Budget ist in vielen Bereichen weder sozial gerecht und ökologisch nachhaltig noch geschlechtergerecht, demokratiefördernd und zukunftsfähig. Und auch hierzulande steigt die Arbeitslosigkeit kontinuierlich an. Statt Kürzungspolitik und -maßnahmen braucht es daher ein Ende der Unterfinanzierung von Staatsausgaben und ein Bekenntnis zu sinnvollen öffentlichen Investitionen. Das Zukunftsbudget hat sieben wesentliche Intentionen:

Ziele von „Wege aus der Krise“

- die Befriedigung von Grundbedürfnissen
- die gerechte Verteilung und Bewertung von Arbeit
- die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen
- globale Solidarität
- ökologische Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit
- eine Demokratie, die allen gleiche Teilhabechancen und Mitbestimmungsrechte garantiert

Ein Zukunftsbudget braucht Demokratie!

Um echte Beteiligung zu ermöglichen ist zum einen der Zugang zu Daten und Informationen eine zentrale Voraussetzung. Zum anderen braucht es transparente und nachvollziehbare Beteiligungsprozesse. In einem ersten Schritt fordern wir:

- den Beitritt Österreichs zum „Open Government Partnership“¹
- ein Informationsfreiheitsgesetz, in dem

der Zugang zu Informationen über die Verwendung aller öffentlichen Mittel – auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene – als zentraler Bestandteil verankert ist. BürgerInnen müssen die Möglichkeit haben, nachvollziehbar und verständlich einzusehen, wofür ihre Steuergelder ausgegeben werden.

- die Einbindung zivilgesellschaftlicher

Organisationen für die Erarbeitung von „wirkungsorientierten Budgets“ in einer klaren und transparenten Weise.

- die Einladung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einem öffentlichen Hearing seitens des Budgetausschusses des Nationalrats (bzw. auch auf Länderebene) und zwar im Frühjahr, wenn es um die langfristige Budgetplanung geht, wie auch im Herbst, wenn es um das Budget für das kommende Jahr geht.

- die Einrichtung eines unabhängigen Beirats zur Umsetzung von Gender-Budgeting. Um das Ziel eines geschlechtergerechten Budgets zu erreichen, ist aus unserer Sicht die Einsetzung eines solchen Rates notwendig. Dieses Gremium soll unabhängig agieren, die Erstellung eines Genderberichts unterstützend begleiten und jährlich Empfehlungen an die Regierung aussprechen. Die Besetzung soll zu 50% durch die Frauenministerin (der die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans

Gleichstellung obliegt) erfolgen. 50% der Mitglieder sollen zivilgesellschaftliche bzw. wissenschaftliche AkteurInnen stellen. Auf Regierungsseite ist die Institutionalisierung von Gender Budgeting im Bundeskanzleramt (BKA) und dem Frauenministerium vorzusehen. Diese Stelle soll eng mit der Wirkungscontrollingstelle des BKA zusammenarbeiten. Auf Parlamentsseite ist darauf zu achten, dass es im vereinbarten Budgetdienst explizit zuständige ExpertInnen zur Umsetzung dieser Staatszielbestimmung gibt. Zusätzlich dazu soll auch ein Gender-Budget Forum mit breiter öffentlicher Beteiligung eingerichtet werden, im Rahmen dessen Diskussionen mit den MinisterInnen über die Gleichstellungswirkung des Budgets stattfinden und Vorschläge zur Förderung der Gleichstellung von Seiten der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung eingebracht werden können.

Budgetpolitik ist Frauen- und Gleichstellungspolitik

Vorschläge aus dem zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget, die Gleichstellung fördern sind:

- Angleichung des Lohnniveaus der im Sozialbereich Beschäftigten (Pflege, Kinderbetreuung...) an das durchschnittliche Einkommen von Angestellten

- Mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeangebote für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Einführung eines Taktfahrplanes bei öffentlichen Verkehrsmitteln mit kurzen Intervallen verbessert die Mobilität

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit für

eine bessere work-life-Balance und eine gerechtere Aufteilung von unbezahlter Haus- und Familienarbeit

- Ausbau der Ganztagschule ermöglicht bessere Berufschancen für Frauen mit Kindern und bessere Zukunftschancen für Kinder aus sozial schwächeren Schichten

Umstellung von Freibeträgen auf Absetzbeträge im Steuerbereich unabhängig vom Einkommen.

- Ausbau der Förderung von Fraueninstitutionen (siehe Langfassung)

Das Zukunftsbudget im Überblick und makroökonomische Beurteilung

Das Zukunftsbudget sieht zusätzliche Einnahmen von knapp 11,8 Mrd. Euro und zusätzliche Ausgaben von circa 13,8 Mrd. Euro vor. Unter dem Strich sind die Auswirkungen auf das Budget jedoch positiv, d. h. trotz höherer zusätzlicher Ausgaben als zusätzlicher Einnahmen werden in Summe weniger neue Schulden gemacht. Warum? Während höhere Steuern auf Vermögen, Unternehmen und Energie die wirtschaftliche Aktivität dämpfen, erhöhen öffentliche Investitionen sowie die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Netto ergibt sich – unter den konventionellen

Annahmen² – ein positiver BIP-Effekt, was wiederum zu höheren Einnahmen und geringeren Ausgaben führt. Dieser Effekt lässt sich mit knapp 2,4 Mrd. Euro berechnen. Das laufende Defizit verringert sich folgerichtig um gut 400 Mio. Euro (11,8-13,8+2,4). Mit anderen Worten, nach Berücksichtigung der makroökonomischen Zweitrundeneffekte werden nicht mehr, sondern weniger neue Schulden gemacht. Zeitgleich werden laut den vorhandenen Berechnungen über die Arbeitsplatzeffekte der Zukunftsinvestitionen, auf die wir in diesem Budget verweisen, rund 160.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Zukunftsbudget 2015

Einnahmenseite	Mio. Euro	Ausgabenseite	Mio. Euro
Vermögen besteuern	6.100	Steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen	6.700
Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen und Konzerne abschaffen, Steuerflucht beenden	3.450	Zukunftsinvestitionen, öffentlicher Konsum und Investitionsanreize	6.284
Ökosteuern, die der Umwelt nützen	2.286	Arbeitszeitverkürzungsinitiative	814
Summe	11.836	Summe	13.798
Makroökonomische Effekte (geringere Ausgaben, höhere Steuereinnahmen)	2.379		
Geringere Neuverschuldung:	-417 (11.836-13.798+2.379)		

² Gechert (2013) What Fiscal Policy is Most Effective? A Meta Regression Analysis, IMK Working Paper.

Die folgende Tabelle fasst die makroökonomischen Auswirkungen des Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets zusammen. Durch den Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität um ca. 4,8 Mrd. Euro sinkt die

Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte. Die Defizitquote 2015 sinkt leicht auf 1,4 Prozent (das sind 400 Mio. Euro), die Schuldenquote geht um 1,3 Prozentpunkte auf knapp 78 Prozent zurück.

Makroökonomische Auswirkungen des Zukunftsbudgets 2015

		2014	2015 ohne ZB	2015 mit ZB	Effekt ZB
BIP (zu lfd. Preisen)	Mrd. Euro	324,3	335,8	340,6	4,76
Defizit	Mrd. Euro	9,1	5,1	4,7	-0,42
	%	2,8	1,5	1,4	-0,14
Schuldenstand	Mrd. Euro	260,4	265,8	265,4	-0,42
	%	80,3	79,2	77,9	-1,23
Arbeitslosigkeit	%	4,8	4,7	4	-0,71
Berechnungsgrundlage: Europäische Kommission (Frühjahrsprognose) ZB = Zukunftsbudget					

**Überfluss besteuern,
in die Zukunft investieren!**

Ein Gutes Leben für alle!

Investitionen in die Zukunft 2015		in Mio. Euro	Jobs
Sozial gerechte und solidarische Energiewende	Thermische Sanierung	200	2.200
	Förderung dezentraler Stromerzeugung	30	
	Beratungsoffensive - Energiesparen/Nachhaltige Energieformen	10	
Leistbare und umweltschonende Mobilität	Reaktivierung und Ausbau von Regionalbahnen	350	6.000
	Flächendeckender 1-Stundentakt für bestehendes und reaktiviertes Netz	95	1.500
	Ausweitung des Busverkehrs	45	500
	Zukunftsfonds - Infrastrukturprojekte für Gehen und Radfahren	100	2.000
	Reform der Pendlerpauschale	100	
	Soziale Ausgleichsmaßnahmen für MÖSt Erhöhung	100	
	Verbesserung des Güterverkehrs auf der Schiene	50	
	Verbesserung der Eigenkapitaldecke der ÖBB	140	
Gesund leben - in Würde altern	Ausbau der Pflegesachleistungen u.a. mobile Pflege, Pflegedienst	300	7.000
	Höhere Löhne für das Personal im Pflegebereich	150	
	Qualifizierung & Qualitätssicherung des Pflegepersonals	115	
	Aufstockung der Mittel des bundesweiten Pflegefonds	500	
	Valorisierung des Pflegegeldes um 10%	247	
Armutsprävention statt Almosen	Auszahlung Mindestsicherung 14x (statt 12x)	200	
	Verbesserungen für Kinder und Alleinerziehende	117	
	Anhebung des Arbeitslosengeldes von 55% auf 70%	470	
	Ausbau der Beratungseinrichtungen	30	400
Arbeit gerecht teilen	Arbeitszeitverkürzungsoffensive	814	50.000
	Überstunden reduzieren		60.000
	Reform der Arbeitsmarktpolitik	147	6.100
Freie Bildung für alle	Ausbau Kinderkrippen, Kindergärten & Vorschulen	135	10.000
	Ausbau von Ganztagschulen von der Pflichtschule bis zur Matura	350	1.700
	Mehr Geld für Hochschulbildung	1.000	14.000
	Bessere soziale Absicherung für Studierende	58	
	Mehr Geld für Erwachsenenbildung	65	350
	Förderung der Jugendarbeit	15	
Leistbares Wohnen für alle	Zweckbindung der Wohnbauförderung	340	
	Maßnahmenpaket gegen Energiearmut	100	
Ein Budget für den Menschenschutz	Ausreichende Grundversorgung Asylsuchender während der gesamten Aufenthaltsdauer	65	
	Flächendeckende qualitativ hochwertige Rechtsberatung und Rechtsvertretung	12	
	Bildungs- und Sprachkurse für Asylsuchende	1,5	
	Individuelle Perspektivenförderung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte	4	
	Verbesserte psychosoziale bzw. psychotherapeutische Betreuung	1,5	
	Beteiligung Österreichs an Flüchtlings-Resettlement-Aktionen in UN-Kooperation	5	
Kunst und Kultur für alle	Kunst und Kultur im Kindergarten und in der Schule	329	100
	Kulturforschung	3	
	Unterstützung freiwilliger regionaler Kulturinitiativen mit professioneller Kulturarbeit	138	
	Künstlerinnen und Künstlern den Einstieg ermöglichen	3	
EZA, Humanitäre Hilfe, Klimaschutz	Erhöhung direkt gestaltbarer EZA und Katastrophenhilfe	32	
	Klimasoforthilfe	40	
Frauenspezifische Maßnahmen	Ausbau der Förderung von Fraueninstitutionen	90	
Summe		7.098	161.850

Arbeit entlasten, Überfluss besteuern 2015

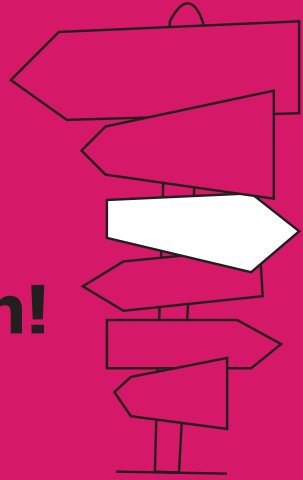
in Mio. Euro

Vermögen besteuern	Vermögenssteuer für große Vermögen	3.500
	Erbschafts- und Schenkungssteuer	500
	Stiftungssteuer	250
	Grundsteuer Neu	1.000
	Reform der Bodenwertabgabe	150
	Börsenumsatzsteuer - bis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer	200
Spitzeneinkommen gerecht beteiligen - Arbeit entlasten	Einkommens- bzw. Lohnsteuer für hohe Einkommen anheben	300
	Einführung des Überstunden-Euro	200
Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen und Konzerne abschaffen, Steuerflucht beenden	Steuerprivilegien auf Kapitaleinkommen abschaffen	700
	Gruppenbesteuerung reformieren	250
	Anpassung KöSt an OECD Niveau	500
	Einführung der Gesamtkonzernbesteuerung	1.000
	Steuerflucht beenden	1.000
Ökosteuern, die der Umwelt nützen	Angleichung der Mineralölsteuer (MöSt) für Diesel	400
	LKW Roadpricing auf allen Straßen in Österreich	370
	Kerosinbesteuerung	390
	Reform der Normverbraucherabgabe (NoVA)	502
	Reform der steuerlichen Begünstigungen für Firmenwagen	300
	Reform der motorbezogenen Versicherungssteuer	140
	Förderentgelte für bundeseigene fossile Rohstoffe (Erdöl und Erdgas)	70
	Steuerbefreiung von Kohleverstromung abschaffen	64
	Einführung einer Düngemittelabgabe	50
Steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen	Niedrige Einkommen steuerlich entlasten	- 1.400
	Eingangssteuersatz senken und Steuerstufen anpassen	-5.300
	Summe	5.136

★ jährliche zusätzliche Einnahmen/Entlastungen

Details zu unseren Vorschlägen für Zukunftsinvestitionen und Steuern auf Überfluss sowie sämtliche dazu erarbeiteten Maßnahmen (insgesamt 71) finden sie Online unter www.wege-aus-der-krise.at/zukunftsbudget als auch in der Langfassung des Budget (ebenda).

Gemeinsam einen neuen Weg einschlagen!



- ! Arbeit entlasten!**
- ! Große Vermögen besteuern!**
- ! Öffis, Kinderbetreuung und Pflege ausbauen!**
- ! Geld für Bildung statt für Banken!**
- ! Privatisierungen stoppen!**
- ! Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit!**

Jetzt Zukunftsbudget unterstützen:

www.wege-aus-der-krise.at

Impressum:

Medieninhaber, Eigentümer und Verleger: Attac Österreich - Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte,
Margaretenstraße 166, A-1050 Wien.
Gestaltung: Fabian Unterberger, Druck: PRO-GE

W **wege
aus der
krise**